

Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Unterstützung für die Umsetzung der Verpflichtungen nach

rika bei den Vereinten Nationen vom 3. Juli 2013 an den Generalsekretär (S/2013/394)⁴.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat außerdem, Herrn Jim Yong Kim, den Präsidenten der Weltbank, gemäß Regel 39 seiner vorläufigen Geschäftsordnung zur Teilnahme per Videokonferenz einzuladen.

Auf derselben Sitzung beschloss der Rat ferner, Frau Mary Robinson, die Sondergesandte des Gene-

Der Rat verurteilt die erneuten Angriffe, die vom 20. bis 22. Mai 2013 und danach nochmals am 14. Juli 2013 von der Rebellengruppe „Bewegung des 23. März“ im Gebiet Mutaho in der Nähe von Goma unter Verstoß gegen die Resolutionen 2076 (2012) und 2098 (2013) durchgeführt wurden, die zu zivilen Opfern und zu Vertreibungen der Zivilbevölkerung geführt und die regionalen und internationalen Bemühungen zur friedlichen und dauerhaften Beilegung der Krise im Osten der Demokratischen Republik Kongo untergraben haben. Der Rat verurteilt erneut nachdrücklich die anhaltende Präsenz der Bewegung des 23. März in der unmittelbaren Umgebung Gomas und ihre Versuche, in Nordkivu eine unrechtmäßige Parallelverwaltung einzurichten, und verlangt die vollständige Auflösung und Entwaffnung der Bewegung des 23. März.

Der Rat nimmt davon Kenntnis, dass Hunderte von Kombattanten der Bewegung des 23. März, einschließlich Personen, die unter dem Sanktionsregime der Vereinten Nationen betreffend die Demokratische Republik Kongo aufgeführt sind, am 18. März 2013 aus der Demokratischen Republik Kongo nach Ruanda flüchteten. Der Rat stellt anerkennend fest, dass die Regierung Ruandas rasch erste Schritte unternommen hat, um diese Situation zu bewältigen, und legt der Regierung nahe, weiterhin mit den Vereinten Nationen und den zuständigen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Kombattanten auf Dauer demobilisiert und gemäß dem einschlägigen Völkerrecht behandelt werden, unter besonderer Beachtung der Kinder und Frauen unter ihnen.

Der Rat bekundet seine Besorgnis über die zunehmenden Aktivitäten der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas im Osten der Demokratischen Republik Kongo, einschließlich Meldungen, wonach die Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas Angriffe auf ruandischem Hoheitsgebiet durchführen, und verlangt die vollständige Auflösung und Entwaffnung der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas. Dau5.4(u)2665(n)-5(-5.2a)7.9e(d)-4.4(e)TJ0isc4hem)Allin

gemäß den in den Ziffern 3 und 4 der Resolution 2078 (2012) genannten Kriterien in Erwägung zu ziehen, und auf seinen Beschluss, die Sanktionsmaßnahmen auf Personen und Einrichtungen auszuweiten, die Angriffe auf Friedenssicherungskräfte der Mission planen, fördern oder sich daran beteiligen.

**DIE SITUATION BETREFFEND DIE
DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO¹⁴¹**

Beschlüsse

Auf seiner 6850. Sitzung am 19. Oktober 2012 behandelte der Sicherheitsrat den Punkt „Die Situation betreffend die Demokratische Republik Kongo“.

Auf derselben Sitzung gab der Präsident im Anschluss an Konsultationen unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats im Namen des Rates die folgende Erklärung ab¹⁴²:

Der Sicherheitsrat bekundet seine tiefe Besorgnis über die Verschlimmerung der Sicherheits- und humanitären Krise im Osten der Demokratischen Republik Kongo, die auf die anhaltenden militärischen und sonstigen destabilisierenden Aktivitäten der Bewegung des 23. März sowie anderer bewaffneter Gruppen zurückzuführen ist.

Der Rat verurteilt nachdrücklich die Bewegung des 23. März und alle ihre Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen und humanitäre Akteure sowie ihre Menschenrechtsverletzungen, namentlich die summarischen Hinrichtungen, die sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt und die Einziehung und den Einsatz von Kindersoldaten in großem Ausmaß. Der Rat verurteilt außerdem die Versuche der Bewegung des 23. März, eine Parallelverwaltung zu errichten und die staatliche Autorität zu untergraben. Der Rat verlangt, dass die Bewegung des 23. März und die anderen bewaffneten Gruppen, einschließlich der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas, sofort alle Formen der Gewalt und sonstigen destabilisierenden Aktivitäten einstellen.